

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

2.6.1887 (No. 129)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 2. Juni.

N^o 129.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gefaltene Zeitspaltel oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

Amflicher Theil.

Durch Allerhöchste Bestallung vom 10. v. M. ist der bisherige Großh. Hess. Gerichtsassessor a. D. Krieger zum Garnison-Auditeur ernannt und demselben die Garnison-Auditeurstelle in Rastatt definitiv übertragen worden.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 26. v. M. ist folgendes bestimmt worden:

4. Badisches Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112.

Simons, Premierlieutenant à la suite des Regiments und kommandirt als Adjutant bei der 57. Infanterie-Brigade, unter vorläufiger Befassung in seinem Kommando zum überzähligen Hauptmann befördert.

Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 1. Juni.

Die Streikbewegung in Belgien hat allem Anscheine nach ihren Höhepunkt überschritten. In dem Lütticher Bezirke und im Vorlande, wo gestern in mehreren Kohlengruben die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, läßt der Streik nach und verliert auch zusehends seinen herausfordernden Charakter; eine Zunahme der Arbeitseinstellung wird aus dem Mittelbassin gemeldet, wo es auch vorgestern in St. Vaast zu einem heftigen Zusammenstoße zwischen den Streikenden und den Gendarmen kam. Die erneuten Arbeitseinstellungen im Mittelbassin sind namentlich darauf zurückzuführen, daß der Kongreß der Fortschrittspartei es abgelehnt hat, die Forderung des allgemeinen Stimmrechts in sein Programm aufzunehmen. Mehrere Brüsseler Arbeitervereinigungen hatten von den Beschlüssen des progressivistischen Kongresses betreffs des allgemeinen Stimmrechts die Entscheidung abhängig gemacht, ob sie zum Streik schreiten wollen oder nicht; so hat gestern das Brüsseler Syndikat der Mechaniker die Arbeitseinstellung beschlossen. Der Einfluß des Kongreßbeschlusses auf die Arbeiterbewegung schreibt sich zum Theile wohl daher, daß, wie ein Brüsseler Telegramm der „Köln. Ztg.“ meldet, die Arbeiter vielfach den Kongreß mit den gesetzgebenden Körperschaften des Landes, dem Senat und der Kammer verwechseln — eine Verwechslung, an welcher die politischen Agitatoren wohl nicht ganz unschuldig sind.

Das neue französische Ministerium hat bereits gestern in der Kammer die erste Kraftprobe bestehen müssen und dieselbe ist zu Gunsten der Regierung ausgefallen; der von den Radikalen sofort unternommene Sturm auf gegen Rouvier und seine Kollegen schlug fehl, obgleich der „Radical“ prophezeit hatte, das Kabinet werde schon am ersten Tage gestürzt werden. Rouvier verlor in der Kammer die programmatische Erklärung, deren hauptsächlichster Inhalt gestern schon telegraphisch mitgeteilt wurde. Sie besagt:

„Durch das Vertrauen des Präsidenten der Republik berufen, die Leitung der Geschäfte in einem schwierigen Zeitpunkt zu übernehmen, betrachten wir es als unsere Pflicht, uns Ihnen mit einem Programm vorzustellen, das so einfach und klar wie nur möglich abgefaßt ist. Wir haben den festen Entschluß, sofort an die Reformen heranzutreten, deren Behandlung zu der jüngsten Krise führte, welche die Bildung des gegenwärtigen neuen Ministeriums veranlaßt hat. In erster Linie kommt die Budgetreform in Betracht. Dieselbe muß zur Hauptgrundlage ein System erster Sparsamkeit, eine Vereinfachung der Verwaltungsausgaben haben. Wir sind entschlossen, dahin zu wirken, daß die bestehenden Steuern den irgendwie möglichen Ertrag geben. Wir werden bestrebt sein, die Autorität der mit der Erhebung der Steuern beauftragten Beamten zu stärken und jedes betrügerische Verfahren mit Energie zu unterdrücken. Das Ausgabebudget für 1888 wird auf einen Betrag gebracht werden, der, wie wir hoffen, geringer sein wird, als die für 1887 wirksamen Ausgaben. Keinesfalls wird er größer sein, als diese letzteren. Die Diskussion der organischen Vorlagen für unsere Militärverfassung befindet sich unter den, den Kammern gestellten Aufgaben. Die Regierung ist bereit, sich daran zu beteiligen. Unsere auswärtige Politik wird sich selbst trennend bleiben. Sie wird eine würdige, vorfichtige und feste sein. Wir werden mit verdoppelter Eifer die Vorbereitungen für die allgemeine Anstellung fortsetzen. Dies sind die Aufgaben, die wir uns gestellt haben. Unsere Ueberzeugung ist, daß eine Mehrheit für die Unterstützung einer wahrhaft praktischen Politik vorhanden ist. Bei Bildung des Kabinetts sind wir bemüht gewesen, eine Konzentration aller wirklichen Republikaner herbeizuführen, um eine entsprechende Mehrheit zu gewinnen. Wir fordern alle Republikaner, alle Patrioten auf, an diesem Werke, an dieser Arbeit in Ruhe mitzuwirken. Das Werk kann nur durch Unterstützung seitens Aller gelingen. Wir sind von gutem Willen besetzt und begen Vertrauen zu dem Urtheil, welches unsere Kollegen und Mitbürger über uns fällen werden.“

Auf den Vänten der Rechten und der gemäßigten Republikaner wurde die ministerielle Erklärung beifällig aufgenommen, wogegen die Linke ihre Feindschaft gegen das Kabinet durch lärmende Unterbrechungen der Rede kundgab. Die radikale Linke und die äußerste Linke

ließen durch ihre Vorsitzenden Julien und Barodet eine motivirte Tagesordnung einbringen, in welcher es hieß, daß die Wohlfahrt der Republik eine Vereinigung aller republikanischen Kräfte verlange, das neue Kabinet aber weder ein Ministerium der republikanischen Eintracht, noch ein Ministerium der Reformpolitik sei. Wie die Abstimmung über diesen Tadelantrag und die darauf folgende über den von Rouvier verlangten Uebergang zur einfachen Tagesordnung zeigte, ist es aber doch nur der kleinere Theil der Deputirten, welcher dem Ministerium Rouvier von vornherein die Existenzberechtigung absprach. Die Mehrheit, welche das Kabinet erhielt, ist in Anbetracht der obwaltenden Verhältnisse eine beträchtliche zu nennen. Diese Mehrheit kam mit Hilfe eines Theiles der Rechten zu Stande, doch würden die für das Kabinet abgegebenen republikanischen Stimmen auch für sich ausgerichtet haben, um den Antrag der Opposition zu befeitigen.

Deutschland.

* Berlin, 31. Mai. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag militärische Meldungen entgegen und ließ sich darauf vom General v. Albedyll Vortrag halten. Nachmittags unternahm der erlauchte Monarch eine Spazierfahrt.

Nachdem der Nachtragsetat vom Reiche genehmigt worden, ist die Ausgabe eines Theils der gleichzeitig beschlossenen Reichsanleihe zu erwarten. Hierbei wird auch die Frage zur Entscheidung kommen, ob die neuen Schuldverschreibungen zu 3½ Proz. oder, wie dies früher geschehen, zu 4 Proz. begeben werden. Erwägungen hierüber sollen noch schweben.

In verschiedenen Zeitungen findet sich die Angabe, daß bei der jüngsten Anwesenheit von belgischen höheren Beamten in Berlin seitens der Reichspostverwaltung eine Konvention über die Leitung der Briefe nach England abgeschlossen worden sei. Diese Nachricht ist eine irrige; denn es hat tatsächlich nichts Derartiges stattgefunden und auch nicht stattfinden können, da wegen Leitung der Briefe Konventionen überhaupt nicht abgeschlossen werden, vielmehr die Beförderung der Briefe einfach auf demjenigen Wege erfolgt, auf welchem sie ihren Bestimmungsort am frühesten erreichen.

Stuttgart, 30. Mai. In der letzten Sitzung der Abgeordnetenkammer sind die Eisenbahnverträge mit dem Reich betreffend die Herstellung eines zweiten Geleises von Crailsheim bis Eppingen und der neuen Linie Tuttlingen-Sigmaringen beraten und angenommen worden. Der Bau wird von Württemberg ausgeführt und sodann auch die Linie in Besitz und Betrieb genommen und unterhalten. Am Aufwand für Crailsheim-Eppingen, der zu 6,969,200 M. veranschlagt ist, trägt das Reich à fonds perdu 5,575,360 M., Württemberg das übrige. Für die neue Linie Tuttlingen-Sigmaringen trägt das Reich bei etwa 7½ Millionen Mark, Preußen 500,000 Mark, das übrige im Betrag von etwa 4½ Millionen Württemberg. — Die im Reichstag zur Sprache gekommene Idee, man solle statt des doppelten Geleises Crailsheim-Eppingen eine mit dieser Linie parallel gehende Kocherthalbahn über Künzelsau — das einzige württembergische Oberamt, das noch keine Eisenbahn hat — bauen, wurde vom Ministerpräsidenten v. Mittnacht als unausführbar nachgewiesen, wobei er besonders auch darauf hinwies, daß diese neue Kocherthalbahn auf etwa 19 Millionen Mark zu stehen käme, das doppelte Geleise aber nicht einmal ganz auf 7 Millionen. Im Allgemeinen bemerkte der Minister, man sei übereingekommen, daß Württemberg bei der Herstellung dieser doppelten Linie 20 Proz. vorweg trage, während bei ähnlichen Bauten Bayern 25 Proz., Baden 15 Proz. zugerechnet worden seien. Es sei dies Uebereinkommen bei den Konferenzen der Eisenbahnminister dieser 4 Staaten, die im Januar in Berlin stattgefunden, getroffen worden. Ein Moment bei diesem Vertheilungsmaßstab sei das Verhältniß des Matritularbeitrags gewesen, das sich wie 60 : 11 : 4 : 3 stelle, doch haben auch andere Momente mitgewirkt. Sehr günstig sei es, daß man auf dem Weg des Uebereinkommens von Staat zu Staat zum Ziel gekommen und nicht eine reichsgesetzliche Regelung in dieser schwierigen Materie nötig geworden sei. — Bezüglich des Neubaus Tuttlingen-Sigmaringen bemängelte Frhr. Edmund v. Dw (nicht der Reichstagsabgeordnete Hans v. Dw), daß Baden nichts daran bezahle und daß man den Bau nicht dem Reich zugeschoben habe, da die Bahn voraussichtlich nicht rentire. Er würde den Vertrag in dieser Weise nicht abgeschlossen haben. Ministerpräsident v. Mittnacht erwiderte, er wundere sich nicht, daß dem Frhrn. E. v. Dw der Vertrag nicht gefalle, demselben sei überhaupt in Eisenbahnangelegenheiten nichts recht zu machen. Hätte Herr v. Dw die Verhandlungen geführt, so wäre sicher nichts zu Stande gekommen. Er werde sich die Mühe sparen dürfen, den Redner zu widerlegen, derselbe möge doch einen Antrag auf Ablehnung des Vertrags stellen, dann werde er sehen,

wie viele Stimmen er hinter sich habe. Die Verantwortung für diesen Bahnbau übernehme er, der Minister, gerne. Preußen habe erklärt, daß es bei der Bahn eigentlich gar nicht interessiert sei und nur als großer Staat ehrenhalber einen Beitrag zahle, und „was Baden betrifft“, fuhr der Minister fort, „so hat der badische Finanzminister wiederholt gesagt, er würde eher etwas bezahlen, wenn die Bahn nicht gebaut würde; denn diese Bahn — und darin hat er nicht unrecht — sei eine Konkurrenzbahn für eine badische Linie, für die Linie Sigmaringen-Mengen nach Singen. Was aber die geringeren badischen Beiträge betrifft für die dort zu bauenden Linien, so sind die Linien in Baden mit der Tuttlingen-Sigmaringer Linie gar nicht zu vergleichen. In Baden handelt es sich um Ergänzungs- beziehungsweise Abfüllungslinien, um drei Stücklinien, die für Baden nicht das geringste Interesse haben.“ Im Uebrigen hätte es Württemberg finanziell gar nichts genützt, wenn Baden auch einen Beitrag gezahlt hätte, denn das wäre nicht an dem Beitrag Württembergs, sondern an dem des Reiches abgegangen. Wenn aber die württembergische Regierung die Gelegenheit, diese Bahnlinie mit einem Beitrag des Reichs von 7½ Millionen zu bauen, veräußert hätte, so wäre ihr, ganz abgesehen von dem patriotischen Standpunkt, der in Frage komme, daraus mit Recht ein Vorwurf zu machen gewesen. — Die Abgeordneten v. Luz, Schwarz und Gtinger (Tuttlingen) sprachen sich lebhaft für den Vertrag aus. Schwarz-Balingen, der frühere freisinnige Reichstagsabgeordnete, spricht sich namentlich energisch gegen die Ansicht des Frhrn. E. v. Dw aus, dem Reich den Bau zuzuschreiben und damit eine Reichseisenbahn auf württembergischen Gebiet zu erhalten. Es sei noch nicht an dem, daß Württemberg seine Bahnen aus den Händen geben wolle. Bei der Endabstimmung wurden die Verträge einstimmig angenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 31. Mai. Der Fürst und die Fürstin von Montenegro sind in der vergangenen Nacht hier eingetroffen und wurden am Bahnhofe im Namen des Kaisers vom Generaladjutanten Grafen Paar, ferner vom Landeskommandirenden, dem Statthalter und dem Polizeipräsidenten empfangen. Das Fürstliche Paar stieg in der Hofburg ab. — Das Herrenhaus erledigte heute zahlreiche Vorlagen, darunter das Budget für 1887, das Lokalbahngesetz, das Gesetz betreffend die Garantie für die ungarisch-galizische Eisenbahn und genehmigte die Staatsverträge mit Griechenland, Belgien und Dänemark, worauf der Ministerpräsident Graf Kaafé im Auftrage des Kaisers die Vertagung des Reichsraths ansprach.

Belgien.

Brüssel, 31. Mai. Die Deputirtenkammer trat heute in die Verathung über die außerordentlichen Militärdarlehen ein. Der Ministerpräsident und Finanzminister Beernaert sprach für den Plan einer Befestigung der Maas. Die Neutralität Belgiens müsse eine bewaffnete sein, um einen Kriegführenden zu verhindern, belgisches Gebiet zu benutzen. Alle militärischen Größten bezeichnen die Maaslinie als eine sehr günstige Durchzugslinie. — Der Kongreß der Progressivisten verhandelte heute über den obligatorischen Unterricht, die Regelung der Kinderarbeit, die Reform der Steuern, die Organisation einer Arbeiterbörse und die Verantwortlichkeit der Arbeitgeber bei Unglücksfällen ihrer Arbeiter. Die Versammlung sprach sich zu Gunsten des Erlasses einer Amnestie aus.

Frankreich.

Paris, 31. Mai. In Senat wurde heute die ministerielle Erklärung, welche die Grundlagen der vom neuen Kabinet zu befolgenden Politik kennzeichnet, durch den Justizminister Mazeau, in der Deputirtenkammer durch den Ministerpräsidenten Rouvier verlesen. Damit ist zugleich die gestrige irrtümliche Nachricht des Wolffschen Bureaus zu berichtigen, nach welcher Bousquet zum Justizminister ernannt sei; Bousquet hatte die Berufung in das Kabinet abgelehnt. Ueber den Verlauf der Kammer-sitzung s. den nachstehenden der „Köln. Ztg.“ entlehnten Bericht. — Der vom General Boulanger durch den Telegraphen an die Generalkommandos der 19 Armeekorps erlassene Tagesbefehl lautet: „Offiziere, Soldaten! Da das Kabinet, in welchem ich einen Theil bildete, seinen Abschied genommen, so hat der Präsident der Republik anderen Händen das Portefeuille für den Krieg anvertraut. Indem ich das Kommando über die Armee verlasse, liegt mir daran, allen Denjenigen Dank zu sagen, welche mich in der patriotischen Aufgabe unterstützten, unsere Verteidigungsmittel auf die Höhe gegenüber allen Möglichkeiten zu bringen. Sie werden unter dem Befehle meines Nachfolgers sein, was Sie unter dem meinetigen waren, trennen Ihren Berufspflichten, deren Achtung in unsern Herzen alle Empfindungen beherrschen soll. Ich werde der Erste sein, der Ihnen das Beispiel dieser zwi-

fachen Manneszucht, der militärischen und republikanischen, gibt." Ein Theil der Blätter tadelt den Erlaß des Generals Boulanger als eine ungerechtfertigte Neuerung. Anlässlich des heute Abend in der Großen Oper stattgehabten Offiziersballs, dem übrigens Boulanger nicht beiwohnte, kam es zu StraßenDemonstrationen für den Letzteren. Es hatten sich mehrere Tausende vor den Zugängen des Opernhauses eingefunden, welche nach der bekannten Melodie: „aux lampions“ riefen: „démision“ — „Vive Boulanger!“ — „Nous l'aurons!“ Etwa 200 Menschen zogen zum Elysée, die Wiedereinsetzung Boulanger's verlangend. Gegen 100 Mann berittener Municipalgarde zersprengten die Bande.

In der Deputiertenkammer waren heute alle Minister anwesend. Die vom Conseilpräsidenten verlesene Erklärung des Ministeriums wurde von der Rechten und von verschiedenen anderen Vätern mit Beifall aufgenommen. Julien und Barodet beantragten, eine Interpellation zu stellen. Rouvier wünscht die sofortige Verhandlung. Julien bemerkt, seine Interpellation sei durchaus nicht vom Geiste persönlicher Leidenschaftlichkeit getragen, aber das Land leide an dem Uebelstande, daß es keinem Kabinete möglich ist, sich dauernd zu behaupten. Der Grund sei der unbestimmte und farblose Charakter, den gewöhnlich die ministeriellen Erklärungen tragen. Es sei deshalb geboten, sich klar über die Politik des neuen Kabinet's auszusprechen und auf diese Art, wenn möglich, eine Mehrheit aus den aufrichtigen Republikanern zu gewinnen. Rouvier wünscht zu wissen, welche Reformen die Regierung anstrebe. Die Blätter der Rechten hätten das Ministerium günstig aufgenommen. Jetzt handle es sich zu wissen, auf welcher Seite die Regierung die Mehrheit suche. Das Land wünsche eine Heresreform. Er frage, welche Stellung die Regierung zu dieser Frage einzunehmen gedenke, ob sie die unbedingte Gleichstellung der Bürger zu der Militärpflicht wolle. Sodann solle sich die Regierung darüber aussprechen, welche fiskalischen Reformen zur Erleichterung des Budgets sie durchsetzen wolle und wie sie zur Frage der Trennung der Kirche vom Staate stehe. (Beifall auf der Linken.) Rouvier: Die Regierung gedenkt mit einer Mehrheit der republikanischen Partei zu regieren. Zur Budgetfrage gab sie bereits Aufschluß. Ueber das Militärgesetz wird sich der Kriegsminister aussprechen. Um das Budget auf die Höhe des für 1887 herabzudrücken, ist eine Ersparniß von 60 Millionen nötig. Für diese könne er eintreten, aber nicht darüber hinaus. Kriegsminister Ferron erklärt, er werde seine Absichten über Einzelheiten der Militärvorlage bei den betreffenden Verhandlungen kundthun. Er sei ein unbedingter Anhänger der dreijährigen Dienstzeit. Die Militärpflicht müsse für Alle gleich sein, auch für die Seminaristen und Lehrer. Der Fehler in der Militärorganisation sei der ungenügende Effectivbestand in der Friedenszeit. Millerand (äußerste Linke) greift heftig Rouvier an. Rouvier habe zum Kabinete Ferry gehört, welches der allgemeine Unwille fortgesetzt habe. Rouvier dürfe deshalb nicht auf die äußerste und radikale Linke rechnen. Das neue Kabinete sei ein Schlingel der Rechten und könne sich der Folgen dieses republikanischen Ministeriums entledigenden Schutzverhältnisses nicht erwehren. (Beifall bei der Linken.) Nachdem Rouvier auf das Nachdrücklichste geantwortet hat, wird die allgemeine Verhandlung geschlossen. Zunächst wird namentlich abgestimmt über die Tagesordnung Juliens, lautend: Die Kammer geht, in Erwägung, daß das höhere Wohl der Republik das Zusammenwirken aller republikanischen Kräfte erfordert, um die von der Demokratie verlangten Reformen auszuführen, und indem sie erklärt, daß das neue Kabinete weder für eine Reformpolitik noch eine Politik der Eintracht unter den Republikanern eintritt, zur Tagesordnung über. Diese Tagesordnung wurde mit 288 gegen 139 Stimmen bei 424 Abstimmenden verworfen. Hierauf beantragt Rouvier die einfache Tagesordnung. Dieselbe wurde mit 384 gegen 156 Stimmen bewilligt. (140 Mitglieder der Rechten stimmten für die Regierung, die einen entschiedenen Erfolg errungen hat.) Ueber den Anfall der Abstimmung herrschte große Aufregung. Die Kammer vertagte sich auf Donnerstag.

Italien.

Rom, 31. Mai. Der Ministerpräsident Depretis, der bekanntlich provisorisch das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten führt, hat, von seinem Unwohlsein wiederhergestellt, gestern die Interpellation Chia vi's in der Kammer beantwortet. Die Interpellation stellt an die Regierung die Frage, ob irgend eine auswärtige Macht über die an der Küste von Massauah verhängte Blockade Erklärungen abgegeben habe. Depretis theilte mit, die Vertreter Italiens im Auslande hätten unter'm 1. Mai die Weisung erhalten, die gegen Abyssinien verhängte Blockade den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, bekannt zu geben. Die Türkei habe in freundschaftlicher Weise den Wunsch ausgesprochen, ihr die Mittheilung nicht schriftlich zu machen. Die italienische Regierung habe dem zugestimmt und der Türkei Erklärungen über den Charakter der Blockade abgegeben. Hierauf seien keine weiteren Bemerkungen erfolgt, allen andern Mächten sei die Blockade schriftlich mitgetheilt worden, bisher seien aber von keiner derselben Bemerkungen oder Vorbehalte gemacht worden. — Der „Moniteur de Rome“ bespricht heute das Verhältnis des Papstes zu Italien und meint, darüber, daß dem Papste die Sanktion des gegenwärtigen Status angeboten werden solle, könne gar nicht verhandelt werden; dem Papste die Erweiterung des Garantiegesetzes anzubieten, hieße sich vergebens abmühen; ihm aber anzubieten, dem Garantiegesetz einen internationalen Charakter zu geben, hieße den Papst den Schwankungen der italienischen Politik dauernd aussetzen und dieselben noch durch die Schwankungen der allgemeinen Politik vermehren. Italien würde nichts weder materiell noch politisch verlieren, wenn es dem Papste einen kleinen Winkel seines Gebietes anböte, auf dem er eine wirkliche Souveränität als Garantie seiner geistlichen Unabhängigkeit genießen würde.

Großbritannien.

London, 31. Mai. Die Unzufriedenheit der Gladstonianer über das unüberlegte Benehmen ihrer Parmentierischen Verbündeten scheint immer weiter um sich zu greifen. Die „Daily News“ haben sich schon neulich in einem (theilweise in vor. Nr. d. Bl. abgedruckten Artikel sehr energisch gegen die aufreizende Thätigkeit O'Briens in Kanada ausgesprochen und dieser Tadel wird in einer

Einsendung des Geistlichen Mc. Coll, eines vertrauten Freundes Gladstone's, nachdrücklich unterstützt. Die „Daily News“ veröffentlichten eine Zuschrift des genannten Geistlichen, worin derselbe sagt: „Hätten sich Biggar und O'Brien im Parlament während der irischen Verwaltung Lord Swencers anders benommen und hätten irische Nationalisten in Amerika keine so rücksichtslose Sprache geführt, so würde Irland wahrscheinlich jetzt schon Home-Rule haben. Dennoch haben die Führer der irischen Partei O'Brien seinen unheilvollen Kreuzzug in Kanada erlaubt und Schweigen zu den Impertinenzen Dr. Tanners. (Der Letztere hat durch die Verhöhnung des Sprechers im Unterhause allseitig Anstoß erregt.) O'Briens weiteres Verhalten in Kanada birgt eine größere Gefahr für Home-Rule in sich, als alle anderen gegen dieselben wirkenden Kräfte.“ — Die Regierung veröffentlicht eine Uebersicht über alle in Gemäßheit der irischen Landakte von 1881 bis zum 30. April 1887 von der Landkommission und den Civilgerichtshöfen erledigten Fälle. 139,560 Gesuche zur Festsetzung eines gerechten Pachts gingen im Ganzen ein. Davon wurden 90,566 geordnet, 21,821 zurückgewiesen und 10,643 zurückgezogen. Außergerichtlich wurden während desselben Zeitraumes 90,365 Fälle beglichen. — Die Lage in Afghanistan erscheint etwas günstiger, seitdem des Emir's beide Generale Gholam Hyder-Drafsai und Sifandar Khan sich bei Marat vereinigt und die Potabs auf die Hügel getrieben haben. Nichtsdestoweniger faßt die indische Regierung, wie die „Times“ aus Kalkutta heftigen, die Entsendung eines Armeecorps auf der Scinde-Bischni- und der Bolanbahn nach der afghanischen Grenze ins Auge. Es handelt sich also schon nicht mehr bloß um 300 Mann zum Schutze der Bahnarbeiter.

Das Juniheft der „Fortnightly Review“ enthält den letzten der von uns schon mehrfach erwähnten Artikel über die Lage der auswärtigen Politik. Derselbe handelt über die Stellung Großbritanniens. Da der Verfasser darin eingesteht, daß er das Buch „Das größere Britannien“ geschrieben habe, so fällt jeder Zweifel weg, daß Sir Charles Dille der Autor der Artikel ist. Sir Charles will nicht zugeben, daß England fortwährend Gebiet annehme. Es habe freilich in letzter Zeit Birma erworben und erst ganz kürzlich das Zululand erbeutet, aber andererseits habe England die Aemirion Egyptens, Sansibars und Kameruns abgelehnt, und im Betreff Neu-Guineas habe es nur die Pflicht der Selbsterhaltung ausgeübt. Sir Charles Dille hält einen Krieg zwischen England und Frankreich wegen Egyptens nicht für wahrscheinlich und glaubt, daß ein Krieg zwischen England und Rußland auf lange Zeit nicht zu befürchten ist, hauptsächlich weil Rußland nicht im Stande sei, in der nächsten Zukunft Indien mit Erfolg anzugreifen. Was die Stärke Englands zu Wasser und zu Lande anbetrifft, so verheißt Verfasser nicht seine Besorgungen. Auf Grund des Ausspruches der „höchsten militärischen Autorität des Auslandes“ meint er, daß eine Invasion Englands wohl möglich und es nicht gewiß sei, daß die Flotte dieselbe verhindern könne. Es würde im Fall eines Krieges Englands mit einer andern Großmacht einem feindlichen Heere wohl möglich sein, an der englischen Seezucht zu landen und auf London zu marschieren. Sir Charles Dille glaubt nicht, daß Einschränkungen im Budget gemacht werden können, auch meint er, der größte Theil des Volkes fordere solche nicht. Von notwendigen militärischen Reformen erwähnt Sir Charles die Veranschaffung der englischen Infanterie mit einem neuen Gewehr, die Vermehrung der Befestigungswerke der Kohlenstationen und eine bessere Verteidigung der Häfen und Festungen. Nach den Plänen der englischen Militärs muß England nicht nur die Verteidigung Konstantinopels, sondern die Erhaltung der Neutralität Belgiens aufgeben, so daß es im Grunde weiter nichts zu verteidigen gibt, als Großbritannien und Indien. Auch über die Tüchtigkeit der englischen Flotte hegt der Verfasser Zweifel. Er meint, England könne mit seiner Marine nicht einmal das Mittelmeer und das Rote Meer gegen Frankreich halten, wenn es Italien nicht zum Verbündeten hätte. Egypten sei im Fall eines großen Krieges nicht zu behaupten, und auch nicht der Sueskanal, wenigstens bei der jetzigen Stärke der englischen Armee und Flotte.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. Juni. (Tel.) Die Nachricht Wiener Blätter, daß das Königspaar sich von Wien aus nach Livadia zu begeben beabsichtige, wird von gut unterrichteter Seite für unrichtig bezeichnet. Das Königspaar kehrt vielmehr am 10. Juni hierher zurück. Der König reist alsdann nach London. — Den neuesten Meldungen zufolge sah die Königin ihre Tochter, die Herzogin von Cumberland, wegen des leidenden Zustandes derselben noch nicht.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 31. Mai. Seine Königliche Hoheit Prinz Oskar von Schweden begibt sich auf dem Kanonenboot „Eda“ zum feierlichen Beginn der Arbeiten am Nord-Ostsee-Kanale nach Kiel. — Die Vorlage der schwedischen Regierung, welche für Schwedens Theilnahme an der nächstjährigen nordischen Industrieausstellung in Kopenhagen 50,000 Kronen forderte, ist von beiden Kammern des Reichstags abgelehnt worden. Als Grund der Ablehnung wurde angegeben, daß Dänemark kein Markt für schwedische Industrieerzeugnisse sei.

Rußland.

St. Petersburg, 1. Juni. (Tel.) Den Moslauer „Zeitgenössischen Anzeigen“ ist als Fensurstrafe der Einzelverkauf unterjagt worden. — Der deutschen „St. Petersburger Zeitung“ zufolge entschied der Reichsrath bezüglich der projektirten Steuer auf Auslandspässe mit großer Majorität, nur die bisherige Steuer der Halbjahrespässe von fünf auf zehn Rubel zu erhöhen. Derselben Quelle zufolge dauern die Verhandlungen der englisch-russischen Grenzkommission hinsichtlich Afghanistans fort. Am Montag wurde ein englischer Kurier mit neuen Instruktionen hier erwartet, welcher eigentlich schon am Sonntag hätte eintreffen sollen, aber unterwegs einen Aufenthalt nehmen mußte.

Türkei.

Konstantinopel, 31. Mai. Die Situation auf Kreta scheint doch keine so harmlose zu sein, als sie bisher in offiziellen Mittheilungen dargestellt wurde. Der „Polit. Korresp.“ wird gemeldet, daß die Pforte infolge der aus Kreta eingelaufenen Nachrichten, nach denen die Bewegung daselbst einen entschiedenen politischen Charakter angenommen hat, und auf Verlangen des dortigen Militärgouverneurs beschloffen hat, neuerliche Truppenverstärkungen dorthin zu entsenden. — Die „Polit. Korresp.“ meldet ferner von hier, die Beziehungen zu England seien sehr herzlich. Der Sultan lud Sir White nach dem Hilfskios ein und sprach ihm seine besondere Befriedigung über das Zustandekommen des englisch-egyptischen Abkommens aus. Die Hauptpunkte betreffend den Zusatz über die ägyptische Finanzreform sind erledigt. Ein zweiter Nachtrag behandelt die ägyptische Heeresreform; außerdem werden zwei Protokolle angefügt betreffend die Aenderungen der Kapitulationen und den Durchzug fremder Truppen bei Unterbrechung des Verkehrs auf dem Suezkanal. Die Ratifikationen des gesammelten Abkommens dürften binnen 10 Tagen ausgetauscht werden. Der Zusammentritt einer europäischen Konferenz gilt für höchst unwahrscheinlich, viel mehr wahrscheinlich ist eine Verhandlung von Kabinete zu Kabinete. — Auf das Rundschreiben bezüglich Bulgariens trafen sämtliche Antworten ein; dieselben drücken die Bereitwilligkeit aus, in Meinungsaustrausch wegen Bulgariens einzutreten. Nur Rußland erklärte seine Theilnahme für unmöglich, so lange die gegenwärtige bulgarische Regierung im Amte bleibe.

Zeitungsstimmen.

In einem Artikel „Der politische Meinete“, sagt die „Staatsbürger-Zeitung“: „Einmal auf dem Standpunkte angelangt, die Sozialdemokratie nicht zur Hebung des Arbeiterstandes, sondern den Arbeiterstand zur Erhaltung der Sozialdemokratie zu gebrauchen, konnte es nicht anstreben, daß man immer mehr in eine wüste Agitation hineingeriet, welcher schließlich jedes Mittel zum Zwecke recht erscheint. Eine Frucht dieser wüsten Agitation aber ist die Fanatisierung Einzelner bis zu einem Grade, daß ihnen selbst der Meinete aus politischen Motiven nicht ungerechtfertigt erscheint. So allein erklärt sich die höchst auffällige Erscheinung, daß in neuerer Zeit politische Meineteprozesse sich in erschreckender Weise mehren.“ Es werden alsdann die gegen Sozialdemokraten gerichteten, in Sachsen und in Berlin verhandelten Prozesse wegen Meinete als Beispiele angeführt, und wird alsdann des weiteren ausgeführt: „Schwere Bedenken müssen sich jedem unbefangenen Beobachter, der sein Volk und sein Vaterland lieb hat, aus solchen Thatfachen aufdrängen; denn wofin soll es führen, wenn eine wüste Agitation im Stande ist, jedes sittliche Gefühl so weit herabzudrücken, daß selbst der Eid, diese Grundbasis zur Aufrechterhaltung jeder menschlichen Ordnung, nichts mehr gilt! Schlimmer als Mord, der sich doch immer nur gegen eine einzelne Person richtet, ist der Meinete, der jedes für das Bestehenleben einer menschlichen Gesellschaft gebotene Fundament untergräbt. Der politische Meinete steht unseres Erachtens nicht eine Stufe höher, als der politische Mord.“

Das „Promberger Tageblatt“ schreibt: „Die Widerstandskraft des Reichstags — so klagt ein demokratisches Blatt — ist gebrochen. Richtiger muß es heißen: die Volksvertretung ist glücklicherweise der unfruchtbarsten Kampfeslust überdrüssig geworden und sie bekennt sich auf ihren eigentlichen Beruf, in gemeinsamer Arbeit mit der Regierung das Wohl des Landes zu fördern. Dieser Wandel ist der natürliche Niederschlag der Erfahrungen, welche wir mit den früheren Reichstagen gemacht haben. Er ist aber auch zu einem Theile eine Folge des kirchenpolitischen Friedensschlusses. Wir haben das Centrum jetzt bei der 172 Millionenanleihe wie in der Brantweinleierkommission unter den eifrigsten Verteidigern der dem Reichstag gemachten Vorlagen. Wenn etwas die Kirchenpolitik rechtfertigt, so ist es diese Aenderung in der Haltung des Centrum's. Ihr letztes Ziel war, die Hindernisse zu beseitigen, welche sich der inneren Erklarung des Reichs entgegenstellten. Die Rechnung war, wie schon jetzt zu bemerken, richtig. Und so dürfen wir mit Zuversicht der weiteren Entwicklung des parlamentarischen Lebens wie des Reichs entgegensehen.“

In Besprechung der auswärtigen Lage weisen die „Neuesten Nachrichten“ auf die Möglichkeit hin, daß über kurz oder lang ein ähnlicher Fall, wie die Angelegenheit des Herrn Schönebecke auftrage, der nicht mehr ohne Verletzung der eigenen Würde friedlich geschlichtet werden könne. Dann heißt es weiter: „Was bei uns die Friedenswünsche rückt, das erwidrige Alter des Kaisers, der den Rest seiner Tage in Ruhe zu verleben begehrt, die hohen Jahre unserer leitenden Staatsmänner und Feldherren — das ist für die Feinde Deutschlands der Gegenstand häßlicher Spekulation auf einen scheinbar wunden Punkt. Doch daß die französische Presse seit einiger Zeit auch das körperliche Leiden unseres Kronprinzen zu dem Bede ausgebeutet, um die Lage der deutschen Hofkreise als dreierl erscheinen zu lassen, und wenn das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland zu den ernstesten Besorgnissen Veranlassung gibt, so sieht es um die Beziehungen zu Rußland kaum besser aus. Die Nachrichten von Truppenverchiebungen in Polen, die Maßregeln gegen die deutsche Industrie und gegen die Deutschen in Rußland selbst, die Intriguen der russischen Diplomatie auf Gunsten eines Ministeriums der Reuanche in Frankreich, endlich die fortgesetzt feindselige Sprache der russischen Presse — Alles zeigt deutlich, was wir von Rußland zu erwarten haben. Wie lange wird dieser bedrückende Zustand noch dauern? Wird es gelingen, ihn auf friedlichem Wege zu beseitigen, oder wird es eines Weltkrieges bedürfen, um endlich wieder Sicherheit und Stabilität in die politischen Verhältnisse unseres Erdtheiles zu bringen? Dies sind Fragen, die sich angesichts der heutigen Lage unumwiderlich aufdrängen.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 1. Juni.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog ertheilte heute Vormittag den nachbenannten Personen Audienz: dem Geheimrath G. von Seyfried, dem Obergeometer Fritz, dem Abtheilungsdirektor Dr. Smelin, dem Gerichtsnotar Reutti, dem Professor Pecher, dem Geheimrath Dr. Matt-

Lehner, dem Kommerzienrath Schneider, dem Obermedizinalrath Dr. Arnsparger, dem Oberförster Freiherrn von Goeler, dem Geheimen Hofrath Dr. Meier, dem Oberingenieur Baer, dem Domänenrath Siegl, den Rechnungsräthen Nos, Köhlin, Honzell, Maul und Bark, dem Stadtrath Weber, sowie einer Deputation des Badischen Kunstgewerbevereins, bestehend aus dem Direktor der Kunstgewerbeschule, Professor Göb, dem Bauhüttenmeister Kille und dem Architekten Bayer, sämtlich von hier; ferner dem Professor Widder von Lahr, dem Haupt- und Wanderlehrer Filtterer von Stein bei Bretten, dem Dr. Lobstein von Heidelberg, dem Oberamtsrichter Stehle von Bühl, dem Direktor Sevin an der Höheren Mädchenschule in Baden, dem Gutsbesitzer Paravicini von Bretten, dem Landgerichtsrath Ramm von Mannheim, dem Hauptamtsverwalter Meiser von Lahr, dem Professor Dr. Rubin von Heidelberg und dem Landgerichtspräsidenten Amann von Offenburg.

Sodann nahm Seine Königliche Hoheit die Meldungen entgegen: des Obersten von Oltmann, Kommandeur des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, des Oberstleutnants von Beulwitz, Kommandeur des 1. Badischen Leib-Dragoon-Regiments Nr. 20, und des Majors von Kiechel vom 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14 namens des beurlaubten Regimentskommandeurs, welche Höchstselben die Monatsrapporte der betreffenden Regimenter überreichten; endlich des Majors Grafen von Boninski, Bataillonskommandeur im 7. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 56.

Nachmittags bis Abends hörte der Großherzog die Vorträge des Legationssekretärs Freiherrn von Babo und des Prääsidenten von Regenauer.

Ihre Königlichen Hoheiten der Erbprinzessin und die Erbprinzessin werden morgen, Donnerstag den 2. ds., Nachmittags 2 Uhr 35 Minuten, aus Grief bei Hohen in Karlsruhe eintreffen. Ihre Königlichen Hoheiten übernahmen heute in München.

* (Der „Staatsanzeiger für das Großherzogthum Baden“) Nr. 21 vom 31. Mai. enthält: 1) Unmittelbare Allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Dienstreisen betreffend, 2) Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden, und zwar a. des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts über die Anstellung von Notaren, deren Distrikte und Wohnsitze, b. des Ministeriums des Innern wegen der Generalagentur der North British and Mercantile Feuerversicherungs-Gesellschaft im Großherzogthum Baden und der Apotheke in Lichtenthal, c. des Ministeriums der Finanzen über die Aufhebung der Eisenbahninspektion Wolsach und die Errichtung von Eisenbahninspektionen in Brrach, Stühlingen und Bollhaus; 3) die Anzeige von Todesfällen.

Die Eintheilung des Amtsgerichtsbezirks Freiburg in Notariatsdistrikte erleiht folgende Aenderungen: Von der Stadt Freiburg gehen nachfolgende, theilweise zu dem Distrikte Freiburg II, gehörende Theile an den Distrikte Freiburg III, über, und zwar die ganze Dorfstraße (beide Seiten) und alle südlich derselben gelegenen Theile der Unterstadt zwischen der Kaiserstraße und der Eisenbahn, nebst der westlichen Seite der Kaiserstraße vom Martinssthor bis zur Dreifach. Dagegen gehen die bisher zum Distrikte Freiburg III, gehörigen (9) Landgemeinden Au, Ebnet, Gantensthal, Haslach, Horden, Rittenweiler, Weizhausen, Sölden und Wittnau an den bisherigen Distrikte Muzingen über, welcher fortan die Bezeichnung: „Freiburg VI“ erhält und dessen Sitz von Muzingen nach Freiburg verlegt wird. Die nachgenannten Notariatsdistrikte werden den folgenden Beamten übertragen: Freiburg II dem Notar Valentin Scherath in Freiburg; Freiburg III dem Gerichtsnotar Rudolf Hagenmayer in Heidelberg; Heidelberg II dem Gerichtsnotar Karl Friedrich Bucher in Forstheim. — Die North British and Mercantile Feuerversicherungs-Gesellschaft hat an Stelle des verstorbenen Generalagenten Ernst Schmidt in Karlsruhe den Wilhelm Rothermel dazuletzt zu ihrem Generalagenten für das Großherzogthum bestellt. — Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Lichtenthal ist durch Verzicht des bisherigen Konfessionärs in Erledigung gekommen. Derselbe wird unter dem Anfügen zur Bewerbung ausgeschreiben, daß der neue Konfessionär die vorhandenen Vorzüge und Einrichtungen gegen eine — nöthigenfalls von dem Ministerium des Innern festzusetzende — Vergütung zu übernehmen hat. Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse bei genanntem Ministerium binnen 14 Tagen einzureichen. — Die Eisenbahninspektion Wolsach wird mit dem 31. Mai l. J. aufgehoben und die Abwicklung der von diesem Tage an noch zu erledigenden Geschäfte derselben dem Großh. Bahninspektor in Offenburg übertragen. — Zur Ausführung der neuen Bahnlinien Leopoldshöhe-Brrach, Schopfheim-Wallbach (Sädingen) und Weizen-Zimmendingen sind die nachgenannten Eisenbahninspektionen, nämlich: die Eisenbahninspektion Brrach (für die Strecken Leopoldshöhe-Brrach und Schopfheim-Wallbach), die Eisenbahninspektion Stühlingen (für die Strecke von Weizen bis zum unteren Ende des Tunnels zwischen Epenhofen und Bollhaus) und die Eisenbahninspektion Bollhaus (für die Strecke vom unteren Ende des Tunnels zwischen Epenhofen und Bollhaus bis Zimmendingen) errichtet worden.

Offenburg, 31. Mai. (Fruchtmarkt.) — Wasserleitung. Am 21. d. M. wurden in der Fruchthalle dahier 201 Zentner Frucht eingeführt, während die Einfuhr am 16. d. M. nur 129 Zentner betrug; zu der neu eingeführten Frucht kamen noch 12 Zentner, welche vom letzten Markte herüberliefen. Verkauft wurden mit Ausnahme von 10 Zentnern Weizen sämtliche übrigen Fruchtgattungen und zwar 144 Zentner Weizen, 69 Zentner Halbwaisen, 34 Zentner Korn, 36 Zentner Hafer, 18 Zentner Gerste, 2 Zentner Weizen. Die Mittelpreise für den Zentner waren folgende: Weizen 9 M. 50 Pf., Halbwaisen 8 M., Korn 7 M. 45 Pf., Hafer 6 M. 50 Pf., Gerste 7 M. und Weizen 7 M. Eine Preissteigerung erlitten Halbwaisen und Hafer, jener von 5, dieser von 15 Pf. für den Zentner, einen Preisabschlag von 50 Pf. für den Zentner Gerste. — Die für die Wasserleitung Offenburg zur Herstellung der Druckrohrleitung und des gesammten Stadtröhrensystems erforderlichen Lieferungen und Arbeiten sind zu 217,465 M. veranschlagt worden und sollen in nächster Zeit im Submissionswege vergeben werden.

Theater und Kunst.

(Kunstnotizen.) Seine Hoheit der Herzog von Meiningen hat dem Schauspieler und Schriftsteller Emil Drach das Verdienst-

kreuz für Kunst und Wissenschaft verliehen. Es dürfte die Leser interessieren zu erfahren, daß diese unserem gegenwärtig zu Frankfurt a. M. wirkenden Landsmann zu Theil gewordene Auszeichnung nicht sowohl erlangt ist im Hinblick auf dessen frühere Mitgliedschaft und jüngste Gastspielthätigkeit bei dem rühmlich bekannten Meiningen Ensemble — er hat in den epochemachenden Berliner Aufführungen der „Jungfrau von Orléans“ den Dunois gespielt —, sondern, daß Drach decorirt worden, ist sofort nach dem Bekanntwerden des ganz ungewöhnlichen Erfolges, welchen das von ihm verfasste Trauerspiel Herzog Ulrich gelegentlich seiner vor kurzem stattgefundenen Erstaufführung im Frankfurter Schauspielhaus errungen hat. Joh. Prösch hat sich in der „Frankfurter Zeitung“ darüber folgendermaßen geäußert: „Die Rolle des Herzogs Ulrich selbst spielend, errang der Dichter dieses ersten Dramas gestern Abend mit und in demselben einen lebhaften Erfolg: er wurde nach jedem Akte wiederholt, besonders stürmisch nach dem 2. und 3. Akte herbeigeholt. In jedem Falle galt der Beifall auch dem Schauspieler, denn Herzog Ulrich, diese zwischen heiterem Lebensgenuss und stolzer Todesverachtung, zwischen wilder Leidenschaftlichkeit und milden Stimmungen des Gemüths, zwischen Weltlust und Weltschmerz umhät hin und her schwankende Natur, deren Willen nicht von einer hervorragenden Charaktereigenschaft oder Leidenschaft, sondern von jähem Impuls, Wallungen des Blutes beeinflusst wird, tritt uns während der ersten drei Akte mit so interessanten Zügen entgegen, entfaltete während derselben so viel frisches, warm pulsirendes Leben, so viel poetische Empfindung und reizbares Temperament, die Rolle bietet dem Darsteller eine so reiche Fülle von Gelegenheiten, sein Talent in glänzender und origineller Weise zu bewähren, daß der Zuschauer in beständiger Spannung bleibt. In der Exposition mit ihren schön hervorgehobenen sozialen Gegenständen finden wir die Elemente zu einer zeitgemäßen, ergreifenden Tragödie großen historischen Stils, von jener Art, wie Shakspeare seine Hämlettragedien gestaltet hat. Die Sprache der Dichtung ist blühend und meist auch kräftig; bisweilen ist sie zu modern im Ausdruck und nicht charakteristisch genug in der Wahl der Bilder. Die Szenenführung ist sehr geschickt. Sie verschmäht der kleinen Mittel, wie Horchereien u. s., sehr glücklich und verhält überhaupt ein entschieden dramatisches Talent. Das Drama ist ein interessantes Stück von vielem Reiz. Gespielt wurde durchweg mit vollem Einsatz von Hingabe und Talent. Herr Drach war vorzüglich und verdient Bewunderung für die Geistesgegenwart, mit der er die selbstgeschaffene Rolle als Schauspieler beherrschte. Der Dichter kann sich daher auch beim Schauspieler bedanken.“ — Vorgelesen wurde in Wien in dem neuen, noch nicht eröffneten Burgtheater Feuer ausgebrochen. In der Unterbühne, wo der Kachel der elektrischen Beleuchtung gelegt ist, hatte sich die Holzverschaltung entzündet und ist verbrannt. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß der Kachelbrand glühend wurde. Der Brand war noch vor dem Erscheinen der Feuerwehr unterdrückt.

Verschiedenes.

W. Berlin, 31. Mai. (Todesfall.) Der ausgezeichnete Bildhauer Professor Wilhelm Wolff ist gestern Abend im Alter von 71 Jahren einem Schlaganfall erlegen.

W. Hamburg, 1. Juni. (Tel.) (Feuersbrunn.) Gestern Abend ist auf dem Strandquai und dem Hübener Quai Feuer ausgebrochen. Es sind sechs Schuppen niedergebrannt; die britischen Schiffe „City“, „Dortmund“ und „Gladiator“ sind ausgebrannt; viele unliegendere Schiffe haben die Ladungen und die Masten eingebüßt. Nach 1 Uhr schien die Gefahr weiterer Ausdehnung des Brandes nicht zu befürchten. Bisher ließ sich nicht feststellen, ob Menschenleben verloren gegangen sind. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

W. Wien, 31. Mai. (Gedächtnis.) Heute fand die Enthüllung des Gedenkdenkmals unter Beisein des Kaisers, des Kronprinzen, der Erzhertoge, der Staatswürdenträger, der Vertreter der Stadt, der Konstituenten, Deputationen von Gefangenenvereinen, des Konfessoriums, der Musikschulen und eines zahlreichen Publikums statt.

W. Bern, 30. Mai. (Bergsturz.) Gegenüber Spiringen im Schindenthal, Kanton Uri, hat gestern Nachmittag 3 1/2 Uhr ein Bergsturz stattgefunden. Eine etwa 250 Meter breite Felsmaße stürzte von der halben Berghöhe herunter; zwei Hütten mit fünf Personen sind verschüttet, einzelne Stürze dauern fort.

W. Paris, 31. Mai. (Zum Brand der Komischen Oper.) Präsident Grévy hat für die Geschädigten beim Opern-

brand 10,000 Franken spendet. — Die Aufräumungsarbeiten in der Komischen Oper dauern fort. Die oberen Galerien konnten noch nicht durchsucht werden.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Lüttich, 1. Juni. Der Streit im Bassin von Seraing und an beiden Maasufereu erscheint als beendet; in allen Kohlengruben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Rom, 1. Juni. In der Deputirtenkammer vertheidigte bei der gestrigen Verhandlung des Militärbudgets der frühere Kriegsminister Ricotti seine Verwaltung bezüglich der afrikanischen Politik. Depretis erklärte, die Regierung wünsche eine eingehende Erörterung der hinsichtlich Afrikas zu treffenden besonderen Maßnahmen, welche die Regierung in einigen Tagen bei der Kammer beantragen werde.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Karlsruhe, 1. Juni. Bei der heute stattgefundenen Ziehung der 4 Proz. bad. Eisenbahnprämien-Obligationen von 1867 fielen auf nachstehende Nummern die höchsten Treffer: 120,000 M. Nr. 81883, 24,000 M. Nr. 99801, 12,000 M. Nr. 111638, 4,800 M. Nr. 21883, 2,400 M. Nr. 74865, 99848, 600 M. Nr. 5018, 16251, 21842, 27665, 30766, 34026, 47490, 49056, 49086, 49463, 74886, 79750, 81371, 91202, 91214, 92360, 92371, 93807, 96522, 103206, 103212, 103242, 106676, 108749, 111636, 111650.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Donnerstag, 2. Juni. 78. Ab. Vorst. Zum erstenmale: „Der Fürst von Verona“, Trauerspiel in 5 Akten, von Ernst v. Wilbenbruch. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 19. Mai. Emilie Regine, B.: Karl Friedrich Menckell, Lokomotivheizer. — 22. Mai. Emanuel Joh. Michael, B.: Adolf Fleisch, Bureaugehilfe. — 23. Mai. Elise Sofie Marg. Charlotte, B.: Philipp Klotz, Bauführer. — Hermann Friedrich, B.: Josef Filtterer, Tagelöhner. — Friedrich Karl Erich, B.: Rudolf v. Scherbening, Premierlieutenant. — Anna, B.: Georg Dreilust, Schreiner. — 24. Mai. Walthar Norbert, B.: Alex. Necht, Institutsvorsteher. — Gustav, B.: Emil August Keller, Kaufmann. — Friedrich, B.: Karl Helmling, Schuhmacher. — 25. Mai. Bertha Vulcheria, B.: August Herzog, Kaufmann. — 26. Mai. Otto Friedrich Josef, B.: Josef Fell, Konditor. — 26. Mai. August Konrad, B.: Martin Grassinger, Schreiner. — August Friedrich, B.: Friedrich Hilfer, Gipsler. — 27. Mai. Georg Friedrich, B.: Georg Hammer, Hausdiener. — Ludwig, B.: Friedrich Rittershofer, Aufseher. — Anna Sofie, B.: August Dreher, Tagelöhner. — Emil Wilhelm, B.: Franz Meyer, Kaufmann. — Elise Christine, B.: Ernst Wilh. Hemberle, Schmied. — 28. Mai. Karl Alfred, B.: Emil Schönhaar, Weißgerber. — Anna Grethchen, B.: Mich. Bippes, Glasermeister. — Rosa, B.: Paul Härtel, Wertmeister. — 29. Mai. Friedrich, B.: August Schulz, Kaufmann.

Todesfälle. 29. Mai. Max Schlemmer, ledig, Schreibgehilfe, 20 J. — Karl, 16 J., B.: Rahold, Schneider. — Friedrich, 4 1/2 Stunden, B.: Schulz, Kaufmann. — August, 15 J., B.: Schelling, Tagelöhner. — Laura, Witwe von Kaufmann David Geyinger, 76 J. — 30. Mai. Simon Gillingner, Wwr., Partikulier, 83 J. — Margaretha, Witwe von Refektor Josef Dietrich, 58 J. — Elise Meier, ledig, Privatier, 54 J. — 31. Mai. Karoline, Witwe von Posamentier Louis Kraut, 50 J. — Lina Lebler, ledig, 19 J. — Amalie, Ehefrau des Privatiers Karl Büchle, 54 J. — Babette, Ehefrau des Schaffners Karl Rebmann, 27 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Ma	Barom. in o.	Therm. in o.	Wind.	Relat. Feuchtigk. in %	Wind. in %	Stimm.
31. Nachts 9 U.	751.7	+16.4	100	79	NE	bedeckt
1. Morgs. 7 U.	750.6	+17.0	123	86	NE	sehr bew.
1. Mittags 2 U.	747.1	+23.0	123	59	ESE	„

1) Regen = 1.5 mm der letzten 24 Stunden.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 1. Juni, Morgs. 4.55 m, gefallen 6 cm.

Wetterkarte vom 1. Juni, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung hat sich im allgemeinen wenig verändert; eine Depression von etwa 755 mm liegt vor dem Kanal und scheint sich wieder ostwärts auszubreiten; barometrische Maxima über 766 mm lagern über der Nordsee und der Dänische Centraleropa. Ueber Deutschland ist das Wetter ruhig, vorwiegend heiter und trocken, nur im Süden, wo hellwolkige Gewitter stattfinden, ist allenthalben Regen gefallen; die Temperatur ist meist gestiegen und nähert sich im Westen schon normalen Werthen, die oberen Wolken ziehen über Kassel und Friedr.hafen aus West-, Rügenwaldermünde aus Nordwest.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

Kursberichte vom 1. Juni 1887.

Staatspapiere.	Bahnaktien.
4 1/2 Deutsche Reichsanleihe 106.10	Staatsbahn 180 1/2
4 1/2 Preuss. Konf. 106.-	Lombarden 165.60
4 1/2 Baden in fl. —	Erbthal 135 1/2
4 1/2 in M. 104.90	Westfälischer 137.10
Deferr. Goldrente 90.20	Hess. Ludwigsbahn 97.50
Silber. 65.90	Lübeck-Wüchensb. 159.40
4 1/2 Ungar. Goldr. 81.80	Gottthard 104.-
1877 Russen 97.-	Wechsel und Sorten.
1880r. 83.60	Basel 168.95
II. Orientanleihe 56.90	London 20.37
Italiener compt. 88.20	Paris 80.80
Egypter 75.60	Wien 160.15
Spanier 66.90	Napoleonster 16.16
5 1/2 Serben 79.90	Bratislawa 2 1/2
Kreditaktien	Bad. Zuckerfabrik 74.60
226 1/2 Diskontokommandit	Allail Westereg. —
197.90	Nachbörse.
Basler Bankver. 159.-	Kreditaktien 226 1/2
Darmstädter Bank 138.-	Staatsbahn 180 1/2
5 1/2 Serb. Hyp. Ob. 80.40	Lombarden 59 1/2
Tendenz: fest.	Tendenz: fest.

Berlin.	Wien.
Def. Kreditakt. 455.-	Kreditaktien 282.60
Staatsbahn 262.50	Marknoten 62.37
Lombarden 139.-	Tendenz: fest.
Dist. Kommand. 197.90	Paris.
Kaurahütte 71.20	4 1/2 Anleihe 108.90
Dortmunder 54.-	Spanier 67 1/2
Markenburger 46.20	Egypter 87.5-
Westfälischer —	Ottomane 612.-
Tendenz: —	Tendenz: —

PROSPECTUS.

RUSSISCHER GEGENSEITIGER BODEN-CREDIT-VEREIN.

Convertirung der 5% steuerpflichtigen Metallpfandbriefe in 4½% steuerfreie Metallpfandbriefe, mit absoluter Garantie der Kaiserlich Russischen Regierung.

Der Russische Gegenseitige Boden-Credit-Verein hat seiner Zeit 5% Pfandbriefe emittirt, welche auf Metallrubel lauten und **keinerlei Regierungs-Garantie** besitzen.

Nachdem die Mitglieder des Vereins ihre Einkünfte in Credit-Rubeln einzuziehen, können sie ihre Beitragszahlungen auch nur in der gleichen Valuta leisten.

Die Differenz zwischen Metall- und Credit-Valuta hat es den Mitgliedern seit geraumer Zeit sehr erschwert, ihre Verbindlichkeit gegen den Verein selbstständig zu erfüllen. Vermehrt werden diese Schwierigkeiten noch durch gewisse Abweichungen zwischen dem **Wortlaut der Statuten** und dem Texte, welcher auf den **Pfandbriefen selbst** angegeben ist. Während nämlich nach den Statuten jedes Mitglied des Gegenseitigen Boden-Credit-Vereins berechtigt ist, seine Schuld durch Zahlung von **100 Silber Rubel** für den emittirten Pfandbrief zu tilgen, lautet der Text der Pfandbriefe dahin, daß dieselben mit 125 Rubel Metall ausgelost werden.

Von dem Wunsche geleitet, seine Verpflichtungen gegenüber den Besitzern der Pfandbriefe pünktlich zu erfüllen, hat sich der Gegenseitige Boden-Credit-Verein an die Regierung mit der Bitte gewandt, eine Staats-Garantie für die jetzt im Umlauf befindlichen Pfandbriefe zu gewähren, oder wenigstens dem Verein die mit dem Jahre 1888 erlöschende Subvention zu erneuern, um die Tilgung der Pfandbriefe, wie im Texte derselben angegeben, weiter zu sichern.

Die Regierung hat beides **abgelehnt**, dagegen jedoch den Gegenseitigen Boden-Credit-Verein ermächtigt, seine 5% Metallschuld in eine 4½% Metallschuld umzuwandeln und behufs Erleichterung dieser Conversion den zu emittirenden neuen 4½% Metallpfandbriefen eine **absolute Staatsgarantie für Verzinsung u. Tilgung** gewährt; bei gleichzeitiger Befreiung der Pfandbriefe von jeder Russischen Steuer. Die Coupons und verloosten Stücke werden von den Kaiserlich Russischen Zollämtern als **Zollzahlung** angenommen werden.

Neben der Garantie der Kaiserlich Russischen Regierung genießen die neuen Pfandbriefe die volle **hypothekarische Sicherheit bei solidarischer Haftbarkeit**.

Die Pfandbriefe sind in Appoints zu 100 und 1000 Metall-Rubel, resp. den entsprechenden fremden Valuten ausgestellt und lauten auf den Inhaber.

Die neuen 4½% Pfandbriefe sind in dem Verhältniß von 100 Rubel Metall = Mark 321,00 D. M.-W. = Francs 397,00 = holl. fl. 190,00 = 15 Pfund 14 Sch. 10 d. Sterling ausgestellt.

Die neuen Pfandbriefe sind in halbjährlichen Raten mit 4½% p. a. verzinslich, und gelangen die Zinsen am 2./14. Januar und 1./13. Juli jeden Jahres an den bisherigen Zahlstellen in den entsprechenden Valuten zur Auszahlung.

Die Tilgung der neuen 4½% Pfandbriefe erfolgt zum **Nennwerthe**. Sie beginnt mit dem zweiten Semester 1887 und soll **spätestens binnen 56 Jahren** beendet sein. Am 1./13. Mai und 1./13. November eines jeden Jahres findet am Sitz der Gesellschaft zu St.-Petersburg, in Gegenwart eines Bevollmächtigten der Kaiserlich Russischen Regierung die Verloofung der zu tilgenden Pfandbriefe statt, wobei halbjährlich 0,203% des Nominalbetrags der ausgegebenen Pfandbriefe, soweit solche nicht zur Tilgung von Schulden in Natura restituir worden sind, nebst den ersparten Zinsen auf die ausgelosten Pfandbriefe zu verwenden sind. Die gezogenen Pfandbriefe werden in dem auf die Ausloofung nächstfolgenden Zahlungstermin, bei den bisherigen Zahlstellen in den entsprechenden Valuten eingelöst.

Die Pfandbriefe sind mit **Coupons für 14 Jahre** versehen und mit **Talons**, welche seiner Zeit an der Cassé der Gesellschaft und den Zahlstellen **kostenfrei** gegen neue Couponsbogen umgetauscht werden.

Alle, die Pfandbriefe betreffenden Publicationen erfolgen außer in den Russischen Blättern in zwei Berliner und einer Frankfurter Zeitung.

Der Gegenseitige Boden-Credit-Verein hat sich mit den Contrahenten der 5% Metallpfandbriefe,

Herren **Gebrüder von Rothschild**, Paris,

„ **M. A. von Rothschild & Söhne**, Frankfurt a. M.,

„ **Herrn S. Bleichröder**, Berlin,

zu welchen die **St.-Petersburger Disconto-Bank**, St.-Petersburg,

St.-Petersburger Internationale Handelsbank, St.-Petersburg,

hinzugezogen sind, behufs Durchführung der Conversion in Verbindung gesetzt.

Die Conversion erfolgt zu den Bedingungen, welche die genannten Firmen veröffentlichen werden.

St.-Petersburg, im Mai 1887.

Russischer Gegenseitiger Boden-Credit-Verein.

Unter Bezugnahme auf die vorstehenden Mittheilungen des Russischen Gegenseitigen Boden-Credit-Vereins fordern wir die Besitzer der 5% Metallpfandbriefe des genannten Vereins hierdurch auf, ihre Pfandbriefe in der Zeit

vom 2. Juni bis 4. Juli 1887 n. St.

bei Herrn **S. Bleichröder** in Berlin,

„ **Herren M. A. von Rothschild & Söhne** in Frankfurt a. M.,

„ **der St.-Petersburger Disconto-Bank** in St.-Petersburg,

„ **St.-Petersburger Internationalen Handelsbank** in St.-Petersburg,

„ **St.-Petersburger Privat-Handelsbank** in St.-Petersburg,

„ **Russischen Bank für auswärtigen Handel** in St.-Petersburg,

im Innern des Russischen Reiches bei den Filialen der Staatsbank,

bei Herrn **L. Lambert** in Brüssel,

„ **A. Gansl** in Amsterdam,

zum Umtausch gegen neue 4½% Metallpfandbriefe einzureichen.

Dieser Umtausch findet unter folgenden Bedingungen statt:

Die Stücke sind mit doppeltem arithmetisch geordnetem Nummern-Verzeichniß in der obenbezeichneten **präklusivischen** Frist, während der bei jeder Firma üblichen Geschäftsstunden einzureichen. Dieselben werden mit dem Convertirungs-Bemerk versehen den Besitzern zurückgegeben, und die dazu gehörigen Couponsbogen nebst Talons von den Convertirungsstellen zurückbehalten.

Bei der Einreichung der 5% Metallpfandbriefe in Berlin und Frankfurt a. M. wird den Besitzern eine **Convertirungs-Prämie im Betrage von 17 Mark 60 Pf. D. M.-W.** für jeden eingebrachten Pfandbrief **sofort baar** ausgezahlt.

Bei der Einreichung der Pfandbriefe in St.-Petersburg, Brüssel u. Amsterdam findet die Auszahlung der Convertirungs-Prämie in der betreffenden Landesmünze statt.

Gegen Einreichung der abgestempelten 5% Pfandbriefe wird die Auslieferung der neuen 4½% garantirten Pfandbriefe erfolgen, sobald dieselben fertiggestellt sind, worüber seiner Zeit öffentliche Bekanntmachung erfolgt. Dieser Umtausch geschieht bei derjenigen Anmeldestelle, deren Convertirungs-Bemerk sich auf dem Pfandbrief befindet.

Die in Deutschland zur Ausgabe gelangenden neuen Pfandbriefe werden mit dem **Deutschen Reichsstempel** versehen sein.

Bei der Einreichung der 5% Metallpfandbriefe ist der **Coupon per 1. Juli 1887** zu detachiren, und werden die dagegen auszugebenden neuen 4½% Metallpfandbriefe mit **Coupons per 1. Januar 1888** und folgenden versehen sein.

Umtauschformulare können von den Umtauschstellen **kostenfrei** bezogen werden.

Paris, Frankfurt a. M., Berlin, St.-Petersburg, **Mai 1887.**

Gebrüder von Rothschild. **M. A. von Rothschild & Söhne.** **S. Bleichröder.**

St.-Petersburger Discontobank. **St.-Petersburger Internationale Handelsbank.**

Von dem Bankhause **M. A. von Rothschild & Söhne** in Frankfurt am Main sind wir beauftragt, Anmeldungen auf Grund des vorstehenden Prospectus entgegenzunehmen und die Convertirung **kostenfrei** zu vermitteln.

Anmeldungsformulare können bei uns in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 2. Juni 1887.

Filiale der Rheinischen Creditbank.

G. Müller & Cons.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)